

NACHRICHTEN

Gute Weine werden teurer

MAINZ - Die Spitzenweingüter in Deutschland erwarten Kostensteigerungen um 30 Prozent und entsprechende Preiserhöhungen. Als Gründe nannte der Präsident des Verbands Deutscher Prädikatsweingüter (VDP), Steffen Christmann, am Sonntag bei der Eröffnung der VDP-Weinbörse in Mainz unter anderem höhere Preise bei Kartonagen und „die drastische Erhöhung der Löhne“. Diese seien zwar im Sinne der Beschäftigten zu begrüßen, „aber irgendjemand muss es bezahlen und am Ende sind es die Verbraucher.“ Er sei zuversichtlich, dass die 200 Betriebe des Verbands mit dieser Entwicklung auch höhere Erlöse erzielen könnten, sagte der pfälzische Winzer. Im vergangenen Jahr erzielten die VDP-Mitglieder mit dem Absatz von 33 Millionen Flaschen einen Umsatz von 444 Millionen Euro. Die VDP-Mitglieder verpflichten sich zur Einhaltung von Qualitätsstandards, zu denen etwa eine Begrenzung der Ernteerträge gehört. Während eine 0,75-Liter Flasche deutschen Weines im Durchschnitt für 3,69 Euro verkauft wird, beginnt die Preis-Palette der VDP-Erzeuger mit 10,00 Euro für die Qualitätsstufe des Gutsweines, der mit Trauben aus unterschiedlichen Lagen erzeugt wird. Der Durchschnittspreis für Weine aus VDP-Spitzenlagen mit der Kennzeichnung „Große Lage“ lag im vergangenen Jahr bei 36 Euro. *dpa*

Messen in den Sommer vorgezogen

BERLIN - Die deutsche Messebranche hat einen Großteil der für dieses Jahr geplanten Messen in den Sommer vorgezogen. „Grund dafür ist der Nachholbedarf nach Verboten, Absagen und Verschiebungen von Messen in den vergangenen beiden Jahren“, teilte der Verband der deutschen Messewirtschaft Auma mit. „Üblicherweise findet der Großteil der Messen im Winterhalbjahr statt.“ Nun soll mehr als die Hälfte der noch rund 250 anstehenden Branchentreffen in den Sommermonaten organisiert werden. Die Messewirtschaft war besonders hart von den Einschränkungen im Zuge der Corona-Pandemie betroffen. Auma-Angaben zufolge wurden allein im vergangenen Jahr rund 70 Prozent aller Messen abgesagt. Auch in diesem Jahr fielen viele Veranstaltungen aus. Im ersten Quartal konnten demnach von gut 150 geplanten Messen nur knapp 20 durchgeführt werden. *dpa*

Bahn-Betriebsrat warnt vor Überlastung wegen Billigtickets

BERLIN - Die Mitarbeiter der Deutschen Bahn befürchten wegen des von der Bundesregierung angekündigten Neun-Euro-Tickets Überlastungen vor allem auf Zugstrecken in den Ferienregionen. Während der Gültigkeitsdauer des Tickets sei mit großem Andrang zu rechnen, sagte der Vizevorsitzende des Gesamtbetriebsrats DB Regio, Ralf Damde, dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. Um Verspätungen durch überfüllte Züge zu vermeiden, brauche es an Bahnhöfen in Touristengebieten zusätzliches Personal. Das Neun-Euro-Monatticket für den öffentlichen Nahverkehr soll am 1. Juni starten und drei Monate bundesweit gültig sein. Die Kosten von geschätzt 2,5 Milliarden Euro will der Bund übernehmen. Das Ticket ist Teil des Entlastungspaketes der Regierung wegen der hohen Energiepreise. *AFP*

Norwegen will im Zuge der Klimawende erheblich in die Windkraft investieren – auch wenn der Widerstand dagegen groß ist. Deutschland könnte davon gleich mehrfach profitieren

VON MATTHIAS JAUCH, OSLO

Auf dem Øyffjellet, rund 880 Kilometer nördlich von Oslo, nahe des Polarkreises, kann man beobachten, wie hart Energieprojekte selbst in Norwegen umkämpft sein können. 72 Windkraftanlagen sind an dem verschneiten, windgesegneten Berg am Vefsnfjord in den vergangenen Jahren entstanden. Es ist der größte Windpark Norwegens, seine Leistung beträgt 400 Megawatt. Nur: Ob er in diesem Umfang jemals Strom produzieren wird, ist offen. Das oberste Gericht Norwegens urteilte im Oktober in einem vergleichbaren Fall: Die Genehmigung zum Bau war rechtswidrig. Die Anlagen würden die Rechte der samischen Bevölkerung und ihre kulturelle Praxis gefährden. Die indigene Minderheit nutzt das Gebiet zur Rentierzucht. Jahrelang kämpfte die lokale Bevölkerung gegen den Windpark, selbst eine UN-Konvention wurde herangezogen, letztlich mit Erfolg.

Öl, Erdgas und Fisch – das waren Jahrzehnte lang die Rohstoffe, mit denen Norwegen viel Geld verdiente. Selbst in der gegenwärtigen Energiekrise macht es Milliarden mit den Gasexporten, die Millionen Haushalte heizen und die europäische Industrie am Laufen halten. Die Einnahmen bewegen sich in diesen Wochen auf Rekordniveau. Doch in Oslo hat man ein Ende dieses lukrativen Zeitalters längst im Blick – und die Aufgaben sind gewaltig. So muss das Gerichtsurteil gegen den Windpark für die Energiepolitiker um Ministerpräsident Jonas Gahr Store ein ordentlicher Dämpfer gewesen sein.

Da sind zuerst die Klimaziele. Schon bis 2030 will das Land seine Treibhausgasemissionen um 55 Prozent reduzieren und bis 2050 Klimaneutralität erreichen. Obwohl das Land 90 Prozent seiner Energie aus Wasserkraft produziert, sind Industrie und Transportsektor davon weit entfernt. Dazu werden längst neue Einnahmequellen gesucht, wenn Gas und Öl der Vergangenheit angehören. Der Export von Windenergie könnte neben Wasserstoff eine Lösung sein, auch Deutschland würde davon profitieren. Händeringend wird in Deutschland nach Möglichkeiten gesucht, die Abhängigkeiten von Energie aus Russland zu reduzieren.

Bereits im vergangenen Jahr wurde die Kabeltrasse „Nordlink“ eröffnet. Die rund zwei Milliarden Euro teure Leitung zwischen dem südnorwegischen Tonstad und Wilster in Schleswig-Holstein verbindet erstmals die Strommärkte beider Länder. Sie lässt Deutschland nicht nur an den Grünstromkapazitäten Norwegens teilhaben. Sogenannte Dunkelflauten, in denen wetterbedingt weniger Wind- und Sonnenenergie zur Verfügung steht, lassen sich erheblich besser ausgleichen. Langfristig könnte sie zu einer Reduzierung der Strompreise beitragen.

Zuletzt trafen Norwegen die hohen Energiekosten, die Stromexporte in der Bevölkerung denkbar unbeliebt machen. Die Regierung veranlasste sogar Zuschüsse für private Haushalte, um soziale Härten abzufedern. „Das Problem der hohen Strompreise trifft die Norweger be-



Ausbaufähig. Der Umfang des produzierten Windstroms in Norwegen ist noch sehr überschaubar – das wird sich ändern.

Foto: Michael Szönyi/Imago/Imagebroker

sonders hart, denn wir heizen mit Strom“, sagte kürzlich Petter Ølberg, Norwegens Botschafter in Berlin. Mehr erneuerbare Energie muss also ans Netz – vor allem Windkraftwerke. Sie sollen den steigenden Bedarf bedienen, die Energiepreise reduzieren und der Industrie den Wasserstoff liefern, den sie auf dem Weg zur Klimaneutralität so dringend braucht.

„Es ist klar, dass Norwegen erheblich mehr Windenergie benötigen wird, um seine Klimaziele zu erreichen“, sagt Lars Gulbrandsen, Forschungsdirektor für Klima und Energie am Fridtjof Nansen Institute in Lysaker. Er sagt allerdings auch: „Windkraft an Land wird nicht die Hauptquelle unter den Erneuerbaren werden, wenn es um das Geschäftsmodell der Zukunft geht. Die Widerstände sind einfach zu stark.“ Gulbrandsen forscht zu Landnutzungskonflikten bei der Vergabe von Lizenzen für Windkraftanlagen. Das Dilemma, das er anspricht, beschäftigt die Innenpolitik des Landes seit Jahren. „Jeder will Energie, aber nicht direkt vor der Haustür“, sagt Gulbrandsen. Naturschutz- und Klimaschutz prallen aufeinander und der Konflikt geht immer seltener zugunsten des Klimaschutzes und der Onshore-Windkraft, also der Windkraft an Land, aus. „Wir werden einen Ausbau der Onshore-Windkraft sehen – doch er wird sehr viel langsamer ablaufen als in der Vergangenheit“, sagt er. Tatsächlich ist der bisherige Ausbau der Windkraft im Land überschaubar. Gerade einmal 4600 Megawatt sind installiert. Die rund 16 Terrawattstunden, die sie jährlich produzieren, machen rund zehn Prozent der Stromproduktion in Norwegen aus. Ein Zuwachs wird umso wichtiger, da das Ausbaupotenzial an Wasserkraft be-

grenzt ist. 1600 Wasserkraftwerke gibt es im Land. Widerstände gegen den Ausbau der Windkraft sind da kaum hilfreich.

Die Zukunft liegt Offshore – denn der Ausbau an Land ist zu konfliktreich

Die Konflikte, die die Windräder an Land erzeugen, sind kein norwegisches Phänomen. Widerstand gegen Projekte erfahren Investoren in ganz Europa. Auch in Deutschland kamen in den vergangenen Jahren viele Projekte nur schleppend voran, wenn Arten- und Naturschutz, Brutplätze von Vögeln wie Rotmilan in das Feld geführt wurden. Umso interessierter wird man in Deutschland auf die Lösungen schauen, die Norwegen nun sucht. „Wir erleben vor allem ein Akzeptanzproblem und Konflikte mit dem

Naturschutz“, sagt Gulbrandsen. Um die innenpolitischen Konflikte zu beheben, haben die Regierungsfractionen erst kürzlich die Gemeinden mit mehr Rechten ausgestattet. Bislang konnte der Staat Windparks mit der Begründung eines nationalen Interesses schlicht durchdrücken. Künftig können Gemeinden ein Veto gegen die Flächennutzung einlegen und neue Windkraftparks planen. „Der Staat hat so zumindest die Gemeinden auf seiner Seite, sollten sie künftig Windkraftanlagen genehmigen“, sagt Gulbrandsen. Er muss allerdings auch den Zubau langwierig aushandeln. Im Fall des Øyffjellet-Windparks war die Zustimmung nie da. Die Regierung der Provinz Nordland lehnte den Windpark ab.

Das Groß des Windkraftausbaus wird so kaum an Land zu vollbringen sein. „Die Offshore-Windenergie erfährt erheblich weniger Widerstand.“ Erst Anfang April veröffentlichte die Regierung ein Positionspapier, nach dem sie in Zukunft verstärkt auf Offshore-Windkraft, also Windkraft zur See, setzen will. Dass sie auf konkrete Ausbauziele verzichtete, wurde sogar von der konservativen Opposition stark kritisiert. Sie hat nicht nur den Klimaschutz im Blick. Es geht ihr auch um die Entwicklung der Industrie, Stromexporte und -preise. Auch die Genehmigungsprozesse für Offshore-Wind-

kraft könnten weniger langwierig verlaufen. Zwar unterliegen Küstengebiete teilweise den Gemeinden, der Großteil der tauglichen Offshore-Gebiete geht aber weit über ihre Zuständigkeit hinaus.

Wie viel der Energie in Zukunft exportiert werden könnte, ist allerdings offen. Die Ansicht, die Energie im Land zu halten, trägt teils bis in die Regierungskoalition. Auch die Zentrumsparterie, die mit der Arbeiterpartei Støres koalitiert und ihre Wähler vor allem in ländlichen Regionen findet, steht einem Export oder neuen Kabelverbindungen nach Europa, wie der im vergangenen Jahr eröffneten Nordlink-Trasse, eher kritisch gegenüber.

Sie war es auch, die sich 1994 massiv gegen einen EU-Beitritt positionierte. Dabei profitiere Norwegen generell von der Flexibilität auf dem Energiemarkt, doch es gebe derzeit intensive politische Debatten über Kabelverbindungen nach Europa, sagt Gulbrandsen. Neue Offshore-Projekte entstehen nun bereits ohne Stromkabelverbindung ins europäische Ausland.

Die Windkraft wird also entscheidend. Der Windpark am Øyffjellet wird wohl ebenfalls nicht komplett abgerissen. Beobachter erwarten vielmehr ein Kompromiss, der zum Rückbau einiger und einer saisonweisen Nutzung weiterer Anlagen führen wird, um die Weidegründe der Rentiere nicht zu gefährden.

Europa sucht seltene Rohstoffe

Der Krieg in der Ukraine lenkt den Blick auf die Abhängigkeiten der Industrieländer von Staaten wie Russland und China – und auf Alternativen

BRÜSSEL - Ein Stopp an der Tankstelle ist im Moment ein Schockerlebnis. Nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine ist der Benzinpreis regelrecht explodiert und erscheint inzwischen wie eine nervöse Fieberkurve, die sich an den blutigen Ereignissen im Krieg orientiert. Für die Verbraucher offensichtlich wurde die über Jahre ignorierte große Abhängigkeit Europas von russischen Öl- und Gaslieferungen. Nun tobt ein Streit darüber, wie und wie schnell dieser Zustand beendet werden kann.

Der Preis an der Zapfsäule ist allerdings nur eine, aber sehr sichtbare Seite dieses Krieges, der die politische und wirtschaftliche Architektur der ganzen Welt verändern wird. Im Hintergrund läuft eine Entwicklung, die den Fachleuten weit größere Sorgen bereitet, bei der ebenfalls wichtige Rohstoffe im Zentrum stehen.

Für Elektroautos, Solarzellen und Micro-Chips werden Industriemetalle und Seltene Erden gebraucht. Viele dieser Materialien werden etwa in Russland oder China abgebaut, zwei Länder, die inzwischen nicht mehr als Partner, sondern als Gegner betrachtet werden müssen. Zumal beide Regierungen offensichtlich bereit sind, wirtschaftliche Abhängigkeiten gezielt politisch einzusetzen. Auch die tech-

nische Entwicklung arbeitet gegen große Industrienationen wie Deutschland. Digitalisierung und Energiewende werden den Rohstoffhunger weiter antreiben.

Nicht zuletzt aus diesem Grund unterstreichen Experten, dass es unmöglich ist, völlig auf die Versorgung mit Seltenen Erden aus problematischen Ländern zu verzichten. So bezieht Deutschland den weitaus größten Teil seines Bedarfs an Titan und Nickel aus Russland. Dasselbe gilt für Palladium, ein wichtiges Metall für Autokatalysatoren.

Bei 19 der 30 Rohstoffe, die von der EU als „kritisch“ eingestuft werden, ist China der Hauptlieferant.

Das Thema hat längst die obersten Ebenen der Europäischen Union erreicht. Den 27 Staats- und Regierungschefs war es nach einem Treffen in Versailles vor wenigen Wochen sogar so wichtig, dass es in das Abschlusspapier aufgenommen wurde. „Wir werden das Angebot in der EU durch strategische Partnerschaften, strategische Vorratshaltung, Recycling und Ressourcen-Effizienz sichern“, heißt es dort. Erstes Ziel der Kommission ist es, einen Vorrat an kritischen Rohstoffen aufzubauen. Dazu sollen neue Verträge mit Kanada, Norwegen oder auch Grönland geschlossen werden. Die deutsche Europaabgeordnete Hildegard Bentele

(CDU) will noch weitergehen und fordert „eine EU-Taskforce, welche die Koordinierung rohstoffpolitischer Aktivitäten übernimmt“.

Als Berichterstatterin des Parlaments für die Europäische Strategie für kritische Rohstoffe befragt sie auch einen verstärkten Abbau der begehrten Rohstoffe in Europa selbst. Statt in Drittländern unter menschenunwürdigen Bedingungen die Materialien zu schürfen,

könnte etwa Deutschland im eigenen Land nachhaltige und umweltschonende Bergbau-Projekte fördern, „die weltweit Schule machen und Standards prägen“. Bisher wurde von den Investoren wegen der zu erwartenden Probleme in Deutschland allerdings ein großer Bogen um solche Projekte gemacht. Aber auch in anderen Ländern gibt es große Widerstände. In Spanien regten sich massive Proteste, als in der armen Region Estremadura Li-

thium abgebaut werden sollte. Auch in Serbien und Portugal wehrten sich die Menschen gegen ähnliche Projekte. Hildegard Bentele fordert deshalb, dass bei der Klima- und Umweltpolitik in Zukunft auch verstärkt die Industriepolitik mitgedacht werden müsse.

Die Europaparlamentarierin betont allerdings auch, dass nicht nur die Erschließung neuer Rohstofflieferanten wichtig sei. Sie will „in Zukunft auch verstärkt auf Abfallmanagement, Ressourcen-Effizienz, Recycling und Substitution setzen“. Das ist auch im Sinne der Autoindustrie, wo betont wird, dass der Recycling-Anteil an der Produktion ständig zunehmen. Das ist wichtig, da die Abhängigkeit von seltenen Rohstoffen mit dem Ausbau der E-Mobilität stark zunehmen wird. Beim Recycling ließen sich zum Beispiel Stoffe wie Nickel, Kobalt und Kupfer hochwertig zurückzugewinnen, heißt es bei Mercedes-Benz.

Gearbeitet wird nach Angaben des Stuttgarter Autobauers allerdings auch schon an den nächsten Generationen von Batterien, bei denen der Anteil kritischer Materialien deutlich geringer sein soll. So werde der Kobaltanteil bereits bei den kommenden Entwicklungsstufen von Batteriezellen auf weniger als zehn Prozent reduziert. Das langfristige Ziel sei, durch

Post-Lithium-Ionen-Technologien mit neuen Materialzusammensetzungen ganz auf Materialien wie Kobalt verzichten zu können. In einer durchschnittlichen Lithium-Ionen-Batterie stecken rund 35 Kilogramm Nickel und bis zu zwölf Kilogramm Kobalt und Lithium.

Der Volkswagen-Konzern geht in dieselbe Richtung. „Wir arbeiten an einer anderen Batteriechemie, um die Abhängigkeit von Nickel zu reduzieren“, erläuterte Vorstandschef Herbert Diess kürzlich auf der VW-Bilanzpressekonferenz. Weil Nickel teuer ist und Kobalt oft unter menschenunwürdigen Bedingungen gewonnen wird, favorisiere Volkswagen statt Lithium-Nickel-Mangan-Kobalt-Batterien für viele Modelle Lithium-Eisenphosphat-Batterien. Das Problem ist, dass sie nicht so leistungsfähig sind, in ihnen aber weder Nickel noch Kobalt verbaut wird.

Der Mangel an wichtigen Rohstoffen sei für die Verbraucher nicht so schnell spürbar wie an der Zapfsäule, erklären Autoexperten. Branchenkenner wie Stefan Bratzel vom Center of Automotive Management erwarten mittelfristig allerdings steigende Preise und längere Wartezeiten bei Neuwagen, was schließlich auch den Ausbau der Elektromobilität bremsen könnte. *KNUT KROHN*



Dringend benötigt. Stoffe wie Lithium, mit denen etwa Batterien wie in diesem Forschungszentrum hergestellt werden, sind rar. Politik und Industrie suchen nach Lösungen. Foto: Oberhäuser/Imago